Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin [illegible] W. 48
Wilhelm-[illegible] Nr. 32.
[illegible]
Redaktion: Amt VI, [illegible] [illegible]dition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 43. [47. Jahrgang.] Donnerstag den [illegible] Februar 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 43.

Berlin, den 19. Februar.

Rundschau im Auslande.

Wie Reuters Bureau erfährt, ist in amtlichen englischen Kreisen überhaupt nichts darüber bekannt, daß, wie die russische Presse berichtet, der Abschluß eines Vertrages zwischen England und Rußland über den **nahen Osten** wahrscheinlich sei. In der Mitteilung des Reuterschen Bureaus heißt es dann weiter: „Diese Meldung wurde ohne Zweifel durch die Lage hervorgerufen, welche die Eisenbahnprojekte Aehrenthals geschaffen haben, hat aber, soweit in England bekannt ist, keine offizielle Grundlage. Was die Wirkung betrifft, welche die österreichisch-ungarische Erklärung auf das europäische Konzert in der Frage der mazedonischen Reformen haben könnte, so verlautet von gut unterrichteter englischer Seite, daß die Politik der britischen Regierung eine rein humanitäre sei und es unveränderlich auch bleibe und daher fortfahren werde, im Einvernehmen mit den anderen Mächten auf die Durchführung der notwendigen Reformen in Mazedonien zu bringen. Inwieweit die letzten Ereignisse das europäische Konzert beeinflussen werden, sei gegenwärtig schwer zu sagen. Während diese Entwicklung der Dinge die Ansprüche Englands nicht zu ändern vermöge, bleibe es abzuwarten, bis zu welchem Grade sie die Regierungen in Petersburg und Wien beeinflußt. Was die österreichisch-ungarische Eisenbahnpolitik anbetrifft, glaube man, daß, obgleich diese an sich nur die legitime Entwicklung der österreichisch-ungarischen Politik und im Berliner Vertrag schon vorgezeichnet sei, der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet sei, jetzt mit einem derartigen Plan zu kommen, wo die Mächte damit beschäftigt seien, auf die Pforte hinsichtlich der Justizreformen in Mazedonien einen Druck auszuüben. Da gegen den österreichischen Eisenbahnvorschlag an sich nichts einzuwenden sei, dürfe es nicht als unabweisbar sicher gelten, daß das europäische Konzert in Mazedonien gestört sei. Die Wirkung des österreichischen Vorschlags auf die bestehenden internationalen Vereinbarungen könne erst richtig beurteilt werden, wenn etwas mehr darüber bekannt sei, wie er die Signatarmächte des Mürzsteger Programms beeinflussen wird."

Das Vorgehen Oesterreich-Ungarns in der Frage der Sandschakbahn stützt sich bekanntlich auf Artikel 25 des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878. Wir geben nachstehend den Text dieser in den Preßerörterungen wiederholt angezogenen Vertragsbestimmung. Er lautet:

„Les provinces de Bosnie et d'Herségovine seront occupées et administrées par l'Autriche-Hongrie. Le Gouvernement d'Autriche-Hongrie ne désirant pas se charger de l'administration du Sandjak de Novibazar qui s'étend entre la Serbie et le Monténégro dans la direction sud-est jusqu'au delà de Mitrovitza, l'administration ottomane continuera d'y fonctionner. Néanmoins, afin d'assurer le maintien du nouvel état politique ainsi que la liberté et la sécurité des voies de communication, l'Autriche-Hongrie se réserve le droit de tenir garnison et d'avoir des routes militaires et commerciales sur toute l'étendue de cette partie de l'ancien Vilayet de Bosnie.

A cet effet, les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie se réservent de s'entendre sur les détails."

In deutscher Uebersetzung:

„Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Oesterreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden. Da die österreichisch-ungarische Regierung es nicht wünscht, sich mit der Verwaltung des Sandschaks Novibazar zu befassen, welches sich zwischen Serbien und Montenegro in südöstlicher Richtung bis jenseits Mitrowitza erstreckt, wird die ottomanische Regierung fortfahren, dort zu funktionieren. Nichtsdestoweniger behält sich Oesterreich-Ungarn, um die Erhaltung des neuen politischen Standes ebenso wie die Freiheit und Sicherheit der Kommunikationswege zu sichern, das Recht vor, Garnisonen zu halten und militärische und Handelsstraßen im ganzen Umfange dieses Teiles des alten Wilajets von Bosnien zu besitzen.

Zu diesem Zwecke behalten sich die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und der Türkei vor, über die Einzelheiten sich ins Einverständnis zu setzen."

Hiernach ist in der Frage der Sandschakbahn das Recht Oesterreich-Ungarns innerhalb des Status quo ganz unbestreitbar.

* * *

Wie ein Petersburger Telegramm berichtet, schreibt die offiziöse Rossija bezüglich des Artikels des Fremdenblattes über das Projekt der Sandschakbahn im Zusammenhange mit der Durchführung des russisch-österreichischen Reformprogramms in Mazedonien folgendes:

Das offiziöse österreichische Organ entwickelt folgende Thesen: 1. Indem Oesterreich vom Sultan die Konzession für eine Bahn von der bosnischen Grenze nach Mitrowitza erwirkt, verwirklicht es ein ihm durch den Berliner Traktat gewährtes unbezweifelbares Recht. 2. Zwischen diesem Plan und dem Mürzsteger Programm fehlt jeglicher Zusammenhang, und die Auslandspresse stellt künstlich das jüngste Hervortreten Oesterreich-Ungarns der Durchführung der mazedonischen Reformen entgegen. 3. Als ausschließliche Grundlage des von der österreichischen Regierung unternommenen Schrittes erscheinen Motive nicht politischen, sondern rein wirtschaftlichen Charakters. Mit welcher Erregung die öffentliche Meinung Rußlands das vom Freiherrn v. Aehrenthal angekündigte Programm und den wirtschaftlichen Vorstoß Oesterreich-Ungarns zum Aegäischen Meere aufnahm, ist bekannt. Auch die Auslandspresse äußerte sich mit besonderer Lebhaftigkeit bei Abschätzung der Folgen der Ausführung des Planes. Die dabei hervortretende Empfindlichkeit wird verständlich, sobald man sich erinnert, daß die russische Gesellschaft dem Mürzsteger Programm stets kritisch gegenüberstand, als einem Produkt des Abkommens von 1897, welches bisher keine greifbaren Resultate ergeben und, wie allgemein behauptet wird, die auf dasselbe gesetzten Hoffnungen hinsichtlich der Pazifizierung Mazedoniens und der Verwirklichung der von Rußland übernommenen moralischen Verpflichtung, das Los der christlichen Bevölkerung des Landes zu erleichtern und zu verbessern, nicht bewahrheitet hat. Um sich über die zurzeit in leidenschaftlichen Aeußerungen behandelte Frage ruhig zu orientieren, müssen wir vor allem erklären, daß wir weit entfernt sind, das juridische Recht Oesterreich-Ungarns, auf Grund des Artikels 25 des Berliner Traktats mit der Türkei ein Abkommen bezüglich des Baues einer Eisenbahn durch das Sandschak Novibazar zu schließen, zu bestreiten. Wir sind bereit, anzuerkennen, daß Oesterreich-Ungarn an die Verwirklichung dieses Rechts herantretend den genauen Sinn des russisch-österreichischen Abkommens nicht verletzt hat, welches nur territoriale Erwerbungen auf der Balkanhalbinsel ausschließt, und worin die Entwicklung politisch-ökonomischer Interessen der Vertragsmächte in der einen oder anderen Richtung nicht vorgesehen ist. Doch darf nicht vergessen werden, daß dieses Abkommen beiden Mächten die Verpflichtung auferlegt, einmütig zum Nutzen der christlichen Bevölkerung Mazedoniens zu handeln und alle Anstrengungen zur Verwirklichung der vereinbarten Punkte im Mürzsteger Reformprogramm zu machen. Es fragt sich nun, ob die Reformen gegenwärtig vorgeschritten sind, und ob das Separatabkommen Oesterreich-Ungarns wegen der Eisenbahnfrage die Verwirklichung der Reformen nicht in ungünstigem Sinne beeinflußt hat. Die in die Presse gedrungenen Meldungen über die Vorgänge der letzten Botschaftersitzung in Konstantinopel beweisen klar, daß die allerwichtigste der beabsichtigten Reformen, die Justizreform, weniger denn je Aussichten auf Verwirklichung hat, da es offenbar unmöglich ist, damit zu rechnen, daß die Pforte ihr zustimmen wird. Es bedarf keiner besonderen Erfahrung in diplomatischen Dingen, um zu begreifen, wie sehr das Hervortreten einer der Mächte mit der Forderung eines separaten Vorzugs die Hartnäckigkeit der Türkei verstärkte, die stets mit einer Störung in der Einigkeit rechnet. Damit scheint der vom Fremdenblatt bestrittene innere Zusammenhang der Eisenbahnpolitik Oesterreich-Ungarns mit der Reformfrage klar nachgewiesen zu sein. Der letzten These des Fremdenblattes uns zuwendend, begrüßen wir mit Genugtuung die Erklärung, Oesterreich-Ungarn habe, die Verwirklichung der Sandschakbahn anstrebend, nur die Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstandes der Balkanhalbinsel im Auge und werde daher in keiner Weise protestieren, falls der genannte Bahnbau Anstoß zur Herstellung anderer Bahnen auf der Balkanhalbinsel geben werde. Diese Erklärung ergänzt wesentlich die dieser Tage publizierte offizielle Widerlegung des Gerüchts, die österreichische Regierung fordere von der Türkei nicht nur die Bahnkonzession bis Mitrowitza, sondern auch das ausschließliche Recht auf alle Konzessionen in den Wilajets Kossowo und Saloniki. Die russische [illegible] Auslandspresse schenkten diesen Erklärungen keinen Glauben. [illegible] folgen ihrem Beispiele nicht und nehmen das Dementi umso [illegible] zur Kenntnis, als daraus logischerweise sich ergeben muß, [illegible] Oesterreich-Ungarn, falls die interessierten Balkanstaaten mit einem ihnen am vorteilhaftesten erscheinenden Projekt der sogenannten Transbalkanbahn von der Donau bis zum Adriatischen Meer hervortreten würden, weder den eigenen Anstrengungen dieser Staaten noch Schritten und Maßnahmen entgegenwirken würde, welche Rußland zu ihrer Unterstützung zu ergreifen nötig finden würde. Die österreichische Presse versucht, die Erregung der öffentlichen Meinung Rußlands durch Neid über Oesterreichs politisch-ökonomischen Erfolg zu erklären, was aber grundfalsch ist. Rußland sucht auf der Balkanhalbinsel keine Erfolge oder persönliche Vorteile. Im vollen Bewußtsein seiner historischen und nationalen Aufgaben wünscht Rußland bloß eines, die richtige allmähliche Entwicklung der Balkanstaaten, die ihr politisches Bestehen den jahrhundertelangen Anstrengungen und Opfern des russischen Volkes verdanken. Rußland wünscht aufrichtig, mit dem türkischen Nachbar in Frieden zu leben, mit dem es seit über dreißig Jahren die freundschaftlichsten Beziehungen unterhält. Bei dem Bestreben, die für die Christen in Mazedonien notwendigen Reformen durchzuführen, hat Rußland durchaus keine Anschläge auf die Integrität und Unabhängigkeit der Türkei im Sinne, es sucht im Gegenteil nur Mittel und Wege zur Beseitigung möglicher, für ganz Europa gefährlicher Verwicklungen. In dieser Richtung, schließt der Artikel, handelte Rußland in loyalster Weise gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn und ist auch fürderhin bereit, diesen Weg wie mit Oesterreich-Ungarn so auch mit allen übrigen Mächten zu gehen, wenn sie ein gleiches Ziel anstreben werden. Die nächste Zukunft wird zeigen, in welchem Maße jede der das europäische Konzert bildenden Mächte von diesem Ziele durchdrungen ist. Außerdem wird auch die praktische Richtung der ferneren russischen Politik in der mazedonischen Frage hervortreten.

Ein Konstantinopler Telegramm vom gestrigen Tage erklärt: Die Petersburger Nachrichten über **türkische Militärvorbereitungen** an der russischen Grenze sind gänzlich unbegründet. Die Türkei hat in der letzten Zeit nur im Bereich des vierten Korps in Ersindschan an der persischen Grenze in zwei Gruppen ungefähr 40 Bataillone, darunter ein Drittel mobile Redifbataillone, zusammengezogen.

Aus Marokko liegen folgende Telegramme vor:

Tanger, 18. Februar. Ein Funkentelegramm aus Casablanca versichert, daß französische Truppen die **Kasbah von Settat definitiv besetzt haben.**

Ein Radiogramm aus Casablanca meldet, daß Oberst Taupin gestern und vorgestern Gefechte mit Eingeborenen hatte, bei denen mehrere Angriffe des Feindes mit dem Bajonett zurückgewiesen wurden. General d'Amade hat am Sonntag Settat besetzt und dort biwakiert. Am Montag hatte der General ein Gefecht mit dem Mdakrastamm. Einzelheiten darüber sind noch nicht bekannt.

Paris, 18. Februar. Admiral Philibert meldet, daß eine starke von drei zwischen Mogador und Casablanca ansässigen Stämmen gebildete Mahalla zwischen Settat und dem Meere vorrückt und gestern 50 Kilometer südwestlich Casablanca lagerte. General d'Amade hat Settat verlassen, nachdem sich ihm größere Teile der Mzab und Uled Said unterworfen haben.

In der gestrigen Sitzung der **französischen Deputiertenkammer** interpellierte Jaurès den Minister Pichon über die Vorsichtsmaßregeln, die von der Marokkanischen Staatsbank ergriffen worden seien, um den Vorschuß von $2^1/_2$ Mill. Frank ausschließlich dem Zweck des Unterhalts der Polizei in den Häfen zuzuführen, ferner über die Mitteilung Mulay Hafids an das diplomatische Korps und die Vorschläge, die von Mulay Hafid durch Vermittlung des Journalisten Houel gemacht worden seien. Minister Pichon erklärte sich bereit, die Anfrage zu beantworten, wenn er sichere Auskünfte erhalten haben werde.

Im **französischen Senat** wurde gestern zunächst die Debatte über die Verkehrskrise fortgesetzt.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou sprach von den neuerlichen Bemühungen um die Verbesserung der französischen Wasserwege. Er erklärte das Projekt eines Seitenkanals der Rhone, das 500 Millionen kosten werde, für das am weitesten vorgeschrittene. Ferner erinnerte der Minister daran, daß er nächsten Oktober eine internationale Konferenz nach Paris zu berufen beabsichtige, die sich mit der Abnutzung der Straßen durch den Automobilismus beschäftigen werde. (Beifall.) Schließlich werde die Regierung die beständige Verbesserung der französischen Häfen nicht aus den Augen verlieren und sich bemühen, die Mißstände im Eisenbahnbetrieb zu beseitigen. (Beifall.) Darauf nahm der Senat eine Tagesordnung an, in der die Regierungserklärungen gebilligt werden.

Alsdann brachte Gaudin de Vilaine (Rechte) eine Interpellation über die Lage des französischen Expeditionskorps in Marokko ein.

Gaudin de Vilaine besprach der Reihe nach die Besetzung von Casablanca, die Periode der Defensive unter General Drude und die der Offensive unter General d'Amade und bemängelte diese drei Punkte des französischen Vorgehens, die den Marokkanern von der französischen Macht eine falsche Vorstellung gäben. Sodann beklagte sich der Redner über den Gesundheitszustand der französischen Besatzungstruppen und fragte, ob tatsächlich die Artillerie Mulay Hafids von Deutschen bedient werde. Gaudin kritisierte ferner, daß seit einiger Zeit eine Heeresabteilung nach der anderen abgesandt werde, und erklärte, daß er die Absichten der Regierung nicht begreife. Redner empfahl die Absendung eines Beobachtungskorps von 10 000 Mann an die algerische Grenze und fuhr dann fort: Würden wir die Zurückziehung unserer Truppen aus Casablanca vorbereiten, so könnte das Beobachtungskorps an der algerischen Grenze leicht seine Wirksamkeit auf jene Punkte ausdehnen, wo dies erforderlich sein werde. Redner beantragte eine Tagesordnung, welche die Regierung auffordert, ohne Abweichung von der Algeciras-Akte, ohne Eroberungssucht und ohne Annexionsgelüste die französische Pazifizierungsaktion in Marokko dahin zu lenken, daß ihre Basis an die algerische Grenze verlegt wird. Destournelles de Constans sagte: Nicht wir haben die marokkanische Frage geschaffen, wir haben sie geerbt, wir sind die Legatare einer früheren Politik, und wir sind auch die Mandatare Europas. Aus dieser zweideutigen Situation könnten wir uns nur unter der Bedingung befreien, daß wir Verzicht leisten. Das aber können wir nicht tun. Haben wir schon einmal in Panama Bankrott gemacht, so dürfen wir keinen zweiten in Marokko erleben. Eroberungspolitik dürfen wir nicht treiben. Wir haben ein genügend ausgedehntes Kolonialreich und müssen uns darauf beschränken, unser Werk der Ordnung und des Friedens zu verwirklichen. Niemand wird daran etwas zu tadeln finden. Das gegenwärtige Kabinett ist [illegible]fähig, dieses Werk zur Ausführung zu bringen. Daß Clemenceau [illegible] ein Feind der Kolonialkriege war, ist schon eine Bürgschaft [illegible] Pichon wieder bewies, daß er die heikelsten diplomatischen [illegible] zu lösen verstand. Ein solches Ministerium kann sich auch [illegible] unterziehen, welche das marokkanische Unternehmen bietet. [illegible] [W]erde] dann im einzelnen die materiellen Mittel, über die [illegible] verfüge, insbesondere vom militärischen Standpunkte aus, und [illegible] Unsere Politik muß das Kennzeichen tragen: Weder [illegible]

[illegible]

[In der gest]rigen Sitzung der **italienischen Deputiertenkammer** [erklär]te der Unterstaatssekretär im Ministerium des [Aeußern Pom]pili auf eine Anfrage, daß über die Fragen, [die den] Balkan und Marokko betreffen, zwei [Grünbüc]her in Vorbereitung seien, die dem Parlament [so bald al]s möglich vorgelegt werden würden. Barzilai [und andere] Deputierte der äußersten Linken brachten in der [illegible] folgenden Antrag ein: die Kammer ersucht die [Regier]ung, in Erwägungen einzutreten über die Lage, die [durch] die jüngst erteilten Konzessionen der Türkei auf der [Balk]anhalbinsel für die politischen und wirtschaftlichen [Inter]essen Italiens, sowie für die europäische Lage geschaffen [wurde]. Im weiteren Verlaufe der Kammersitzung wurde in die [Berat]ung einer von 22 Abgeordneten der äußersten Linken [unterst]ützten Interpellation Bissolati eingetreten, [die] die Regierung auffordert, den Laiencharakter [der] Volksschule zu sichern und die Erteilung von [Religi]onsunterricht darin zu verbieten. Die Interpellation [wurde] von Bissolati begründet. Nach der Rede Bissolatis gab [C]eroni (Katholik) dem Vertrauen Ausdruck, daß die Kammer [den] religiösen Unterricht aufrecht erhalten werde. Endlich [trat] Comandini (Aeußerste Linke) zu Gunsten der Verweltlichung der Schule. Darauf wurde die Fortsetzung der Be[ratung] auf heute vertagt.

In beiden Häusern des **spanischen Parlaments** wurde [gest]ern über die zeitweilige Aufhebung der konstitutionellen [Gar]antieen in Barcelona verhandelt, die Ende-Dezember [infol]ge von Bombenanschlägen verfügt worden war. Die Mit[glie]der der Minderheit unterzogen diese Maßregel der Regierung [einer] lebhaften Kritik und führten aus, auch durch die Tatsache, daß gestern wieder zwei Bomben in Barcelona ex[plodi]ert sind, werde erwiesen, daß die Maßregel unwirksam [sei.] Die Redner erklärten die Maßregel für willkürlich und [ver]fassungswidrig und verlangten, daß sie zurückgenommen werde.

Im **Senat** vertrat Calbeton (Demokrat) die Ansicht, daß die [illegible] Bombenanschläge nicht von Anarchisten ausgeführt worden [seien]. Die Regierung müsse eine andere Spur verfolgen. Auch müsse der Vorwurf erhoben werden, daß die Behörden in Barcelona ungeschickt seien, und daß die Polizei nicht genüge. Der Minister des Aeußern erwiderte, schon die Macht der Tatsachen zwinge die Regierung, die äußersten Maßregeln zu treffen. Es sei nicht möglich, die Anschläge ganz zu verhindern, aber dank den getroffenen Ueberwachungsmaßregeln würden die Bomben nicht mehr in verkehrsreichen Straßen, sondern in verlassenen Gassen niedergelegt.

In der Deputiertenkammer erhob die Minderheit, als der Minister des Innern die Maßregel der Aufhebung der konstitutionellen Garantieen in Barcelona verteidigte, lärmenden Widerspruch. Der Minister nahm die Behörden gegen die Beschuldigungen in Schutz, die gegen sie erhoben wurden, äußerte sich lobend über die von den Behörden geleisteten Dienste und versprach, daß die Regierung alles tun werde, um in Barcelona wieder normale Zustände zu schaffen. Augenblicklich aber dürfe die Tätigkeit der Gerichtsbehörden nicht durch eine parlamentarische Untersuchung, wie sie von mehreren Mitgliedern der Minderheit gefordert werde, gehemmt werden.

In der **russischen Reichsduma** brachte die Gruppe der Abgeordneten der Rechten gestern folgende Interpellation ein: 1. ob es dem Ministerium des Innern bekannt sei, daß, obgleich von den Anschlägen, die in letzter Zeit gegen die Ordnung und die Sicherheit des Staates stattgefunden haben, viele in Finnland vorbereitet waren, und obschon Leute, die solcher verbrecherischen Anschläge schuldig sind, sich in Finnland verborgen hielten, seitens des finnländischen Generalgouverneurs und der Obrigkeit keinerlei Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung getroffen seien, und 2. ob der Minister des Innern Schritte unternommen habe, um den finnländischen Generalgouverneur und die Obrigkeit Finnlands zu zwingen, derartigen Anschlägen in Finnland ein Ende zu machen.

Bei der Prüfung der Mandate des Gouvernements Minsk erklärte die Reichsduma in geschlossener Sitzung mit 335 gegen 25 Stimmen bei 76 Abwesenden und 4 Stimmenthaltungen in Uebereinstimmung mit der Meinung der Sektion, daß die Wahl des Abgeordneten Schmid gesetzwidrig gewesen sei, und schloß Schmid aus der Zahl der Abgeordneten aus.

Ein gestern in Peking erlassenes Edikt ordnet die **Reorganisation der Truppen im Yangtsetal** an und ermächtigt das Finanzministerium, für diese Armee zur Verteidigung des Yangtse Geld aufzubringen.

Der amerikanische Kriegssekretär **Taft** befürwortete in einer Ansprache, die er gestern in Concord (New Hampshire) hielt, die baldige Prüfung des Tarifgesetzes zum Zweck einer Tarifrevision auf rein schutzzöllnerischer Grundlage. Weiter führte Redner aus, die republikanische Partei sei eine Partei der Expansion. Die Zerstörung der spanischen Flotte im Stillen Ozean sei notwendig gewesen zum Schutz der Pacificküste. Bezüglich der Fahrt der amerikanischen Flotte sagte er weiter, man müsse den Orientalen etwas vor Augen halten, um sie zu überzeugen.

Das republikanische Zentralkomitee des Staates Illinois nahm am 18. in Springfield eine Resolution an, in der es sich für die **Präsidentschaftskandidatur** des Sprechers des Repräsentantenhauses, **Cannon**, ausspricht.

Nach einem Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Tokio wird dem amerikanischen Botschafter heute ein **japanisches Memorandum** übergeben werden, das die Vorschläge Japans bezüglich der Kontrolle der Auswanderung nach Amerika enthält. Das Memorandum führt ferner eine Reihe von Konzessionen an, von denen die japanischen Beamten glauben, daß sie Amerika genügen werden.

Die Betriebseinnahmen der preußischen Staatseisenbahnen wiesen im Januar d. J. eine Zunahme von 1,8 Millionen Mark im Personenverkehr = 5,7 pCt., von 1,5 Millionen Mark im Güterverkehr = 1,6 pCt., von 0,9 Millionen Mark bei den sonstigen Einnahmequellen und im ganzen von 4,2 Millionen Mark gegenüber dem Januar des Vorjahres auf. Diese beiden Monate sind allerdings insofern [illegible] in diesem Jahre [illegible] wird für beide mit einer Steigerung von etwa 2 bis 3 pCt. rechnen können, was angesichts der wenig befriedigenden allgemeinen Geschäftslage nicht ungünstig erscheint. An der Gesamtschätzung der Betriebsergebnisse für das Jahr 1907 wird durch die Ergebnisse des Januar wenig geändert, zumal die Ausgaben sich nach wie vor auf einer außergewöhnlichen Höhe halten. So ist z. B. der Verbrauch an Kohlen im Januar wiederum um 8,3 pCt. gestiegen, veranlaßt einerseits durch den nicht unbeträchtlichen Verbrauch an der für die Zwecke der preußischen Staatsbahn weniger geeigneten englischen Kohle. Anderseits ist die Mehreinnahme zum großen Teil aus dem noch immer regen Kohlenverkehr entsprungen, der zu billigen Tarifen gefahren wird. Infolgedessen ist die Steigerung der Betriebsleistung stärker als die Einnahmesteigerung, was sich auch bei den anderen Ausgabeteilen sehr bemerkbar macht.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser wohnte gestern nachmittag der Probe zu dem heutigen Hofkonzert im Weißen Saal bei und begab Sich Abends gegen 7 Uhr zu dem Festabend der Offiziere der Landwehrinspektion Berlin.

Heute vormittag hörte Se. Majestät der Kaiser die Vorträge des Ministers Dr. Holle, des Generalstabsarztes der Armee Prof. Schjerning und des Stellvertreters des Chefs des Zivilkabinetts, Geh. Rats v. Eisenhart-Rothe.

* Ihre Majestät die Kaiserin erteilte gestern nachmittag einige Audienzen.

u. Der König von Sachsen besichtigte gestern die Ausstellung englischer Gemälde und die Gewelhausstellung. Am Nachmittag besichtigte König August eingehend das Hotel Adlon am Pariser Platz und sprach sich sehr lobend namentlich über die Leistungen des sächsischen Kunstgewerbes aus. Nach Einnahme des Thees in der Halle fuhr der König nach der sächsischen Gesandtschaft, wo um $6^1/_2$ Uhr ein Diner stattfand. Um 8 Uhr 25 Min. setzte der König vom Anhalter Bahnhof seine Reise nach Leipzig fort und traf dort Abends 11 Uhr ein.

u. Fürst Friedrich zu Waldeck und Pyrmont ist gestern abend in Berlin eingetroffen und hat im Palasthotel Wohnung genommen.

u. Fürst Friedrich zu Solms-Baruth hat sich von hier nach Klitschdorf i. Schl. begeben.

* Der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann ist von seiner Dienstreise nach der Provinz Schlesien zurückgekehrt.

u. Zeremonienmeister Kammerherr v. Esbeck-Platen ist aus Kapelle auf Rügen hier eingetroffen und im Hotel de Rome abgestiegen.

u. Der 2. Legationssekretär an der deutschen Gesandtschaft im Haag v. Krause ist von dort in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen; dort hat auch der Legationssekretär an der rumänischen Gesandtschaft in Wien Argetoyano, aus Wien kommend, Wohnung genommen.

* Der zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Staatsministerium ernannte Regierungsrat v. Eichmann war bereits, wie die Voss. Ztg. erinnert, seit dem vorigen Jahre als Hülfsarbeiter beim Staatsministerium beschäftigt. Nachdem er 1891 sein Referendarexamen bestanden hatte, ließ er sich im nächsten Jahre zur Regierung übernehmen. 1896 wurde er Regierungsassessor mit einem Patent vom 10. Oktober 1895 und wurde der Regierung in Potsdam zugeteilt und dann dem Landrat des Kreises Teltow zur Hülfsleistung überwiesen. 1898 kam er als Hülfsarbeiter zu der Ansiedlungskommission. In dieser Stellung blieb er bis zum Jahre 1900, wo er die kommissarische Verwaltung des Landratsamts des Kreises Pleschen erhielt. Im folgenden Jahre wurde er zum Landrat dieses Kreises ernannt. 1904 wurde er zur kommissarischen Beschäftigung dem Oberpräsidenten der Provinz Posen zugeteilt und 1906 unter Entbindung von seinem Posten als Landrat in Pleschen und unter Ernennung zum Regierungsrat endgültig dem Oberpräsidenten von Posen zugeteilt. Im vorigen Jahre erhielt er von dort seine Berufung als Hülfsarbeiter in das Staatsministerium.

k. Generalmajor v. Corbier, Inspekteur der Feldtelegraphie, Major v. Bernuth, Adjutant des Generalkommandos des Gardekorps, Korvettenkapitän Frommann, im Admiralstab der Marine, haben die Garnison verlassen.

k. Konteradmiral Emsmann, Kommandant in Helgoland, Oberst v. Hoffmann, Kommandeur der 41. Kavalleriebrigade, Oberst Farne, Kommandeur der 9. Feldartilleriebrigade, Oberstleutnant Gereke, Artillerieoffizier vom Platz in Graudenz, sind nach beendetem Urlaub von Berlin abgereist.

k. Oberst Sieger, Abteilungschef im Kriegsministerium, Major Brohm, Mitglied des Ingenieurkomitees, sind in die Garnison zurückgekehrt.

* Das diesjährige Alte-Herren-Essen des Königs-Ulanenregiments fand gestern im Restaurant Riebenstahl statt; es waren mit den Offizieren des Regiments, an ihrer Spitze der Kommandeur Freiherr v. Lützow, u. a. erschienen: Generalleutnant v. Dittmar, Generalleutnant v. Kotze, Generalmajor von Colmar, Generalmajor v. Krosigk, Generalmajor v. Szymonski, Graf v. d. Osten, Graf v. Westphalen, v. Leipzig, v. Blanckenburg, v. Wätjen. Die Arrangements waren von Exzellenz Generalleutnant v. Kotze und Oberleutnant Freiherrn v. Fürstenberg getroffen. — Auf das an Se. Majestät den Kaiser gerichtete Telegramm erfolgte eine huldvolle Antwort.

Heer und Flotte.

* Die bei der Jubelfeier des **Husarenregiments Fürst Blücher** in Stolp verlesene kaiserliche Kabinettsorder hatte folgenden Wortlaut:

„Ich entbiete dem Husarenregiment Fürst Blücher von Wahlstatt zu dem Jubeltage Meinen königlichen Gruß und Glückwunsch. Gern nehme Ich Veranlassung, ihm für die vielfach ausgezeichneten Dienste erneut zu danken, die es in heißen Kämpfen Meinen erhabenen Vorgängern auf dem Thron und dem Vaterlande geleistet hat. Ich vertraue zu dem Regiment, daß der Geist des unvergeßlichen